

## **Bericht der Inklusionsbeauftragten** an die 1. Tagung des 6. Bundesparteitags im Juni 2018

In meiner Arbeit als Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE habe ich mich seit dem letzten Parteitag 2017 weiterhin vom Teilhabekonzept und insbesondere von drei Zielsetzungen leiten lassen:

1. Barrierefreiheit Schritt für Schritt zum Markenzeichen der Partei zu entwickeln,
2. das Recht auf Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen zu stärken und
3. die Bewusstseinsbildung dahingehend zu fördern, dass es bei dem Thema Inklusion um Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller Menschen geht.

### **1. Barrierefreiheit Schritt für Schritt umsetzen**

Ausgehend von unserem Ziel, eine inklusive Partei zu werden, habe ich zusammen mit der AG Teilhabe viele Anstrengungen unternommen, das Teilhabekonzept innerhalb der Partei, vor allem innerhalb der Landesverbände bekannter zu machen. Wir wollen gemeinsam eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Menschen willkommen fühlen und wissen, dass sie selbstbestimmt und gleichberechtigt an allen Aktivitäten unserer Partei teilhaben können. Wer zu uns kommt, soll wissen: DIE LINKE strebt danach, Büros, Veranstaltungen, Materialien, Internetauftritte usw. weitgehend barrierefrei zu gestalten.

Die AG Teilhabe hat dazu regelmäßige Treffen bzw. Telefonkonferenzen durchgeführt. Und ich bin darüber hinaus als Inklusionsbeauftragte in viele Landesverbände gereist. Ich war in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen unterwegs. Und natürlich auch in meinem eigenen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe an Sitzungen der Landesvorstände teilgenommen und mit den Genoss/innen vor Ort darüber diskutiert, wie wir Barrierefreiheit gemeinsam weiter umsetzen können. Dabei habe ich mich sehr über die große Offenheit der Landesvorstände und die gute Zusammenarbeit mit vielen LAGen Selbstbestimmte Behindertenpolitik gefreut.

Ich wurde dabei in meiner Auffassung bestärkt, dass die Umsetzung von Barrierefreiheit ein langer Prozess ist. Gemeinsam müssen wir weiter daran arbeiten, die Genossinnen und Genossen vor Ort zu sensibilisieren, wie wichtig Barrierefreiheit ist – und zwar nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Nein, Barrierefreiheit hat einen Nutzen für alle Menschen – insbesondere wenn wir uns verdeutlichen, dass viele unserer Mitglieder schon in einem fortgeschrittenen Alter sind.

Und wir müssen uns verdeutlichen, was Barrierefreiheit tatsächlich bedeutet: Es reicht nicht, dass Büros und Veranstaltungen stufenlos erreichbar sind. Wir brauchen auch Barrierefreiheit in kommunikativer und struktureller Hinsicht. Wir brauchen Höranlagen, Gebärden- und Schriftdolmetscher, wir brauchen Dokumente in Brailleschrift, in einfacher und leichter Sprache. Wir müssen in einfacher Sprache reden. Und wir müssen dafür sorgen, dass unsere Genoss/innen überhaupt zu den Parteiveranstaltungen kommen können. Das heißt, wir brauchen barrierefreie Mobilität.

### **Wettbewerb »Barrierefreie Geschäftsstellen«**

Mit diesem Wettbewerb wollen wir ebenfalls für Barrierefreiheit werben. Als Mitglieder der AG Teilhabe Bund sind wir davon überzeugt: Wenn wir mit guten Beispielen aufzeigen, wie Barrierefreiheit – oft schon mit geringen finanziellen Mitteln – gelingen kann, wird das ein Signal an andere Geschäftsstellen sein, dem nachzueifern.

Der Preis wurde nun schon das zweite Mal ausgelobt. Im Jahre 2017 bewarben sich vier Geschäftsstellen aus verschiedenen Bundesländern auf diesen Preis. Die AG Teilhabe empfahl dem Parteivorstand, alle vier Bewerber/innen auszuzeichnen. Diesem Vorschlag folgte der Parteivorstand, die Preise, in diesem Fall Übersetzungen in leichte Sprache, gingen nach Nürnberg (Bayern), Kassel (Hessen), Tübingen (Baden-Württemberg) und Hamm (NRW).

Ich möchte an dieser Stelle den Kreisverband in Hamm einmal hervorheben, nicht weil seine Geschäftsstelle die beste unter den Preisträgern war, sondern weil sie eine Besonderheit aufweist, die

für viele unserer Gremien interessant sein könnte: Der Kreisverband in Hamm, in dem es seit kurzem gleichzeitig eine Beratungsstelle für Menschen mit Hörbehinderungen gibt, verleiht eine mobile Höranlage deutschlandweit gegen eine Gebühr. Die Einnahmen aus dem Verleih werden wieder für die Erweiterung der Anlage und mehr Barrierefreiheit in der Partei eingesetzt.

Der Wettbewerb »Barrierefreie Geschäftsstellen« wird – hoffentlich – auch 2018 wieder ausgeschrieben werden. Und hoffentlich werden sich dann noch mehr Geschäftsstellen an diesem Wettbewerb beteiligen. Bitte traut Euch, auch wenn noch nicht alles perfekt ist. Wichtig ist meiner Meinung nach der Wille, Barrierefreiheit Schritt für Schritt umzusetzen. Und dieser Wille soll belohnt werden.

## Teilhabe-Konzept auf Landesebene umzusetzen

Ich stelle immer wieder fest, dass das Teilhabe-Konzept noch zu wenig bekannt ist. Deshalb brauchen wir – das ist meine Überzeugung – in allen Bundesländern Inklusionsbeauftragte und dazugehörige Teilhabe-AGs. Viel zu groß ist die Aufgabe, Barrierefreiheit umfänglich in all unseren Strukturen zu gewährleisten. Der bzw. die Inklusionsbeauftragte und die dazugehörige AG Teilhabe auf Landesebene sollten analog der AG Teilhabe Bund arbeiten, die Umsetzung des Teilhabe-Konzeptes auf Landesebene überprüfen und Barrierefreiheit vor allem auf landesweiten Veranstaltungen umsetzen. Diese AG sollte eine kleine Gruppe aus fünf bis sechs Leuten sein – bestehend aus Landesinklusionsbeauftragtem/r, einem Mitglied der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Landesgeschäftsführer/in und Landes-schatzmeister/in. Mit der AG Teilhabe auf Landesebene hätte man so ein Gremium, das bestimmte Dinge gemeinsam entscheiden kann. Zum Beispiel die Frage der Finanzen. Wenn wir davon sprechen, dass der Landesschatzmeister Mitglied der AG Teilhabe sein sollte, dann hat das einen einfachen Grund – denn wenn wir über Barrierefreiheit reden, müssen wir auch über Finanzen reden.

In NRW gibt es bereits eine Inklusionsbeauftragte und einen Inklusionsfond, in Bayern einen Teilhabe-beauftragten. In Mecklenburg-Vorpommern wurde auf dem Landesparteitag im November letzten Jahres zusammen mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik ein Antrag zur weiteren Umsetzung des Teilhabe-Konzeptes zugestimmt. Das muss nun mit einem Maßnahmenplan unteretzt werden. Ein Team von Inklusionsbeauftragten aus Bund und Ländern könnte bundesweit gut zusammenarbeiten und Dinge zielgerichtet anpacken, gut koordinieren, sich gegenseitig unterstützen, Aktionen gemeinsam organisieren usw. Das sollten wir uns gemeinsam als Ziel setzen.

## Ein Wort zum Bundestagswahlkampf

Unser Bundestagskurzwahlprogramm stand diesmal in barrierefreier Form so vielfältig und umfangreich wie nie zuvor zur Verfügung: in Gebärdensprache per Video, als Audiodatei, in Brailleschrift, in leicht verständlicher Sprache und in leichter Sprache. Die Materialien wurden in vielfältigster Weise genutzt, auf den Infoständen verteilt, an Vereine verschickt. Das Wahlprogramm in leichter Sprache wurde 5.442-mal heruntergeladen, die Audio-Datei unseres Wahlprogramms wurde von über tausend Menschen gehört, die für Lesehilfen (Vorlesegeräte) optimierte Seite (Wahlprogramm auf einer Seite wurde 14.610-mal aufgerufen. Die Seite mit dem Video »Kernforderungen in Gebärdensprache« wurde 3.152-mal aufgerufen und »Kurzfassung des Wahlprogramms in Gebärdensprache« 2.097-mal.

Das ist ein großer Erfolg und zeigt einen Bedarf. Dennoch müssen wir beim nächsten Bundestagswahlkampf einiges verbessern. Uns ist auch bewusst, dass es in Hinsicht auf die Barrierefreiheit unserer Internetseiten noch immer einiges zu tun gibt. Hier sind wir als AG Teilhabe im Gespräch mit Menschen mit Sinnesbehinderungen und werden in den nächsten Wochen einige Veränderungen anstoßen.

## 2. Recht auf Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen stärken

Es ist mir ein besonders wichtiges Anliegen, dass Menschen, die in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind, ihr Selbstvertretungsrecht auf allen Ebenen wahrnehmen können, sei es als Abgeordnete, als Ehrenamtliche oder als Hauptamtliche. Das hat einen speziellen Grund: Nur Menschen, die selbst Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren haben, können sich mit aller Konsequenz für Menschen in ähnlich schwierigen Lebenssituationen einsetzen. Diese Menschen brauchen wir und ich möchte sie bestärken, sich einzubringen, auch unter Berücksichtigung der jeweils notwendigen Assistenz bzw. eines Nachteilsausgleiches.

Im Teilhabe-Konzept heißt es, dass DIE LINKE Bedingungen dafür schaffen will, dass Menschen mit Behinderungen ermutigt werden, sich aktiv in die Parteiarbeit einzubringen und als Abgeordnete, Ehrenamtliche und Hauptamtliche tätig werden zu können. Das müssen wir verstärken. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung – für Menschen mit Behinderungen und ebenso für Menschen, die aus anderen Gründen Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren. Einen Anfang können wir bei den vielen Kommunalwahlen im nächsten Jahr machen.

## 3. Bewusstseinsbildung fördern

Inklusion ist mehr als die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Sie betrifft alle Menschen, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen sind – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Alter (bei Menschen mit Behinderungen werden Benachteiligungen nur extrem deutlich). Dafür müssen wir – zunächst innerhalb der Partei – die entsprechenden Bedingungen schaffen. Und wir müssen uns klar zu bestimmten Fragen – wie zum Beispiel zu Sonderstrukturen – positionieren.

Ich habe deshalb die Idee der Freitag-Talks entwickelt. In regelmäßigen Abständen werden – meist an einem Freitag – in Berlin Expert/innen zu bestimmten Themen eingeladen, um Standpunkte innerhalb der Partei zum Thema Inklusion zu erarbeiten, möglicherweise werden Positionspapiere auf den Weg gebracht. So gab es im Oktober 2016 ein Fachgespräch zum Thema »Wahlrecht für alle« mit Dr. Palleit vom »Deutschen Institut für Menschenrechte«. Ein weiterer Freitag-Talk fand im Januar 2017 zum Thema Medizinethik statt.

Im September 2017 fand ein Fachgespräch zur schulischen Inklusion in Köln statt. Dieses Gespräch habe ich zusammen mit den LINKS-Fraktionen der Landschaftsverbände LVR und LWL vorbereitet und organisiert. Das Ziel bestand darin, uns als LINKE in Bezug auf schulische Inklusion zu positionieren und gemeinsam einen Strategieplan zu entwickeln, dieses wichtige Thema nicht von unseren politischen Gegnern kaputtmachen zu lassen. Wir sind uns einig darüber: Politik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen, dass auf allen Bildungsebenen angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden. Im März dieses Jahres fand nun ein Freitag-Talk in Berlin – zusammen mit vielen linken Bildungspolitikern/innen aus Bund und Ländern statt und diskutierte dieses Thema weiter.

## Weitere Anstrengungen für eine inklusive Partei

Ich möchte mich bei Euch allen für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Lasst uns gemeinsam unsere Anstrengungen für die Entwicklung einer inklusiven Partei fortsetzen. Lasst uns darüber streiten und nach Lösungen suchen, wie wir das Thema Inklusion trotz des zunehmenden Rechtsrucks in der Gesellschaft in die Offensive bringen können.

Dabei möchte ich noch einmal klar unterstreichen, dass ich bei all meinen Überlegungen und Aktivitäten immer davon ausgehe, dass es bei der Umsetzung von Inklusion um weit mehr geht als um die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen. Es geht gleichermaßen um Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, um Menschen mit geringem Einkommen, um Flüchtlinge, um alte Menschen usw. Nach meinem Verständnis müssen sich alle Menschen frei entfalten und aktiv in die gesellschaftlichen und insbesondere politischen Prozesse einbringen können. Es geht um inklusive

Gerechtigkeit, um Chancengerechtigkeit all der Menschen, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Weitere Details meiner Arbeit könnt Ihr in meinen Berichten nachlesen unter  
[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/inklusion/bericht\\_3\\_2018.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/inklusion/bericht_3_2018.pdf) und  
[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/inklusion/bericht\\_2\\_2017.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/inklusion/bericht_2_2017.pdf)

Solidarische Grüße

*Margit Glasow*

Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)